

Moderne Länder brauchen einen inneren Rückhalt, um sich in wechselhaften Zeiten zu behaupten. Die Gründungstugenden der Bundesrepublik werden wieder aktuell

Achtet die Bestände

Von Gerd Held

Eindeutigkeit und Beständigkeit – das waren Hoffnungen, die bei den Bundestagswahlen letztlich den Ausschlag für die CDU/CSU/FDP-Mehrheit gaben. Die große Koalition hatte sich in einem ermüdenden Hin und Her des täglichen Aushandelns verloren. Sie hat nicht die Kraft zu einem Einschnitt gefunden, um Deutschland krisenfest zu machen. Ganz deutlich hatte die Angst regiert, Positionen der Vorgängerregierung wurden aufgeweicht. Die Zahlungsströme schwollen an, zu mehr Sicherheit führten sie nicht. Die Twitter-Politik der großen Koalition gab dem Land keinen inneren Rückhalt. Zumutungen mussten die Bürger für sich allein beschließen. Familien mussten sich auf weniger Haushaltseinkommen einrichten, Unternehmen mussten ihre Ausgaben reduzieren und auch viele öffentliche Einrichtungen konnten ihr Fortbestehen nur durch Abstriche sichern. So wurde ein Stück weit schon praktiziert, was man nun auch von der Regierung erwartete: Eindeutigkeit und Beständigkeit. Zugleich wächst die Abneigung, sich im Namen suggestiver Großthemen „mobilisieren“ zu lassen. Auf der Kopenhagen-Konferenz ist offenbar geworden, wie weit das „immer vorwärts“ nur noch zu einer Gesten-Politik führt. Hier ist ein Wendepunkt erreicht. Von nun an kann sich die Blickrichtung nur noch umkehren: auf das wirkliche, belastbare Können von Unternehmen und Nationalstaaten; auf die Bestände, die den Ambitionen Rückhalt und Maß geben. Die Maxime „Wer erhalten will, muss sich verändern“ lautet nun umgekehrt „Wer die Kraft für Veränderung haben will, muss sich um die Bestände kümmern“.

Diese Wendung ist mehr als eine Stimmung des Augenblicks. Hier geht, in vielen modernen Ländern, ein Jahrzehnte währender Zeitabschnitt zu Ende. In Deutschland dauerte er im Grunde seit den 60er Jahren. Mit dem Ende des Wiederaufbaus hatte sich die ganze Republik in eine Art Dauerlauf begeben. Die „Konjunktur“ avancierte zum magischen Wort im öffentlichen Vokabular. Mehrere Generationen haben gelernt, ihren Wohlstand in wachsenden Güterumschlägen, mehr Kaufkraft und mehr Verbrauch zu messen. Auf jede Krise lautete von nun an ganz fraglos die Antwort, dass die Wirtschaft „angekurbelt“ werden müsse, um dann in den „Aufschwung“ zu kommen. Das ging auch „auf Pump“, denn Vermögensfragen waren in den Hintergrund gerückt. Sowieso war nicht mehr von der Eigentumsordnung die Rede, sondern nur noch verkürzt vom „Markt“. Die „Marktwirtschaft“ war eine Konjunkturwirtschaft. Das Staatshandeln definierte sich weniger über feste Bestände als über Zahlungsströme. Die Sozialleistungen wurden immer enger an die laufenden Erträge gekoppelt - dies Hamsterrad des Umlageverfahrens nannte man nobel „Generationenvertrag“. Die öffentlichen Angelegenheiten wurden nicht mehr geordnet wie ein Haus, sondern „gesteuert“ wie ein Fahrzeug. Auch die Zivilgesellschaft baute nicht mehr auf feste Kulturbestände, sondern vertraute sich dem laufenden „Kommunizieren“ an. Das „miteinander reden“ wurde zum sozialen General Schlüssel und der flüchtige „Sprechakt“ zur Weltphilosophie. Immer neue Maximen der Mobilität hatten ihren Auftritt, vom „Handel und Wandel“ bis zur ständigen

„Online“-Präsenz unserer Tage. Auch die Zukunft wurde mit der inhaltsleeren Rede vom „ganz neuen“ 21. Jahrhundert sogleich ins Rad gesetzt.

Eine schwierige Umorientierung

Die Umorientierung, die sich jetzt andeutet, ist vor diesem Hintergrund keine Kleinigkeit. Die deutliche Mehrheit für eine CDU/CSU/FDP-Koalition war eigentlich unwahrscheinlich, zumal die Volksparteien eine Profilierung eher vermieden. Könnte es also sein, dass da von weiter her, aus dem gemeinsamen Unterbewusstsein unserer Republik, etwas Verdrängtes wieder auftaucht? Denn vieles im Jahr 2009 führt zurück zu den Grundfragen und Haltungen, die das erste deutsche Nachkriegsjahrzehnt bestimmt haben. Damit ist gerade nicht das „Wirtschaftswunder“ gemeint, das den 50er Jahren gerne fälschlich übergestülpt wird. In den 50er Jahren suchte Deutschland vor allem eins: Halt. Fragen der Verfassungsordnung, der wehrhaften Demokratie, der außenpolitischen Einordnung und der Wirtschaftsordnung standen im Vordergrund. Unser Land hat sich nicht gleich in einen Konsumrausch gestürzt - auch nicht, um die Vergangenheit zu vergessen. Gewiss wurde manches verdrängt, aber die Zurückhaltung und der Ernst, der so deutlich spürbar über den Jahren des Wiederaufbaus lag, war in einem tiefen Bewusstsein der Deutschen über ihre Schwäche und die Nähe zerstörerischer Kräfte begründet. Auch das „Godesberg“ der SPD zehrte 1959 noch von diesem Geist. Nicht um die Konjunktur drehte sich alles, sondern die Vermögensbildung hatte ihr ganz eigenes Gewicht. Beim Bausparen, bei der Volksaktie oder der betrieblichen Mitbestimmung ging es noch nicht um Umverteilung, sondern um den Aufbau eines werthaltigen Landes für alle Bürger. Auch das erste Umlageverfahren bei den Renten, mit seiner starken Vermögensreserve, ist noch von dieser Idee bestimmt. Und war nicht der später so verhöhnnte Heimatfilm vor allem eine konservative Suche nach festen Beständen gegenüber

einer Vergangenheit, die als zerstörerische Raserei empfunden wurde? Erst später wurde die Gefahr umgedeutet: Das konservativ Beständige wurde nun – als alte deutsche Erblast - das Verdächtige. Aber am Anfang der Bundesrepublik stand die Suche nach einem inneren und äußeren Rückhalt und niemand hat das besser verkörpert als der Kanzler Konrad Adenauer. Beim „Alten“ konnte man sich darauf verlassen, dass Entscheidungen getroffen werden, auch in prekären Machtverhältnissen – ganz im Gegenteil zur heutigen Prozessmoderation. Es ist bezeichnend, dass die jüngere deutsche Politik so wenig mit Adenauer anfangen kann, sondern lieber auf Ludwig Erhard schwört. Aber nicht Erhardt, der – sicher zu Unrecht – auf den Konjunktur-Kanzler reduziert wurde, sondern Adenauer wäre jetzt ein adäquater Referenzpunkt. Denn Deutschland erfährt heute, wie andere entwickelte Länder, erneut seine Verletzlichkeit und muss eine haltbare Aufstellung finden. Weil die neuen Krisen tatsächlich über das Maß hinausgehen, an das wir in den letzten Jahrzehnten gewohnt waren, muss die Republik zum Ernst und Ordnungssinn ihrer frühen Jahre zurückfinden.

Die Erwartungen im Land sind nicht eindeutig

Das bedeutet nicht einfach einen Themenwechsel in der Politik, sondern eine Änderung ihres übergeordneten Gesichtspunkts. Die Scheidelinien der Politik müssen neu gezogen werden. In den Anfängen der Bundesrepublik markierten zwei Wertbegriffe diese Scheidelinien: Vermögen und Sicherheit. An diesen Ecksteinen konnten in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Außen-, Verteidigungs- und Rechtspolitik echte Richtungs-Entscheidungen getroffen werden. Hier gab es ein „bis hierher und nicht weiter“, das über aller Realpolitik Adenauers stand. Vermögen und Sicherheit könnten auch heute gute Scheidelinien sein. In einem Wirtschaftsleben, das sich auf Dauer auf niedrigere Erträge einstellen muss, gewinnen Eigenkapital und Vermö-

gensbildung neue Bedeutung. In der Lebensführung der Familien und Privathaushalte richtet sich bei knapperen Einkommen der Blick stärker auf die größeren, unverzehrten Dinge und Orte. Der wirkliche Erwerb fester Bildungsbestände wird wichtig. Vor allem gewinnen Fragen der inneren und äußeren Sicherheit neues Gewicht und werden anders gestellt: Das „Freikaufen“ gerät an seine Grenzen, der Staat muss wieder Hoheitsansprüche offen abstecken und durchsetzen. Hoheitsfragen sind die Vermögensfragen unseres Staatswesens.

Nun sind die Erwartungen im Lande in allen diesen Dingen keineswegs eindeutig, oft sogar extrem ambivalent und paradox. Das war im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik nicht anders. Die Scheidelinien zu finden, zu ziehen und zu erklären, war und ist der Kern politischer Führung. Sonst bleibt Politik im Vorpolitischen stecken.

Doch scheint die neue Regierung auf diese Aufgabe schlecht vorbereitet. „Aufschwung, Bildung, Zusammenhalt“ sind keine entscheidungsfähigen Begriffe, sondern Absichtsgesten. Es fehlen die Hebel, wie sie eine dezidierte Vermögens- und Sicherheitspolitik sein könnten. Stattdessen fährt sie „auf Sicht“ und das ausgerechnet mit „Beschleunigung“. Selten hat eine deutsche Regierung so sehr alles auf einen Aufschwung gesetzt, und selten war dieser Aufschwung so fragwürdig wie diesmal. So wirkt das Regierungsprogramm wie ein besonders heftiger Schlussakkord der jahrzehntelangen Ordnungsferne der deutschen Politik. Wird die Regierung, insbesondere die CDU/CSU als wichtigste Gründungspartei der Bundesrepublik, die Kraft zu einer Korrektur haben? Wenn nicht, wird das neue Jahr wirklich ein Jahr schlechter Nachrichten sein – nicht aus der Wirtschaft, sondern aus der Politik.

(Manuskript vom 21.12.2009, unveröffentlicht)